

Kurztitel

Frauenförderungsplan für das Bundeskanzleramt

Kundmachungsorgan

BGBI. II Nr. 107/2002

Inkrafttretensdatum

06.03.2002

Außerkrafttretensdatum

31.12.2003

Langtitel

Verordnung des Bundeskanzlers betreffend den Frauenförderungsplan für das Bundeskanzleramt
StF: BGBI. II Nr. 107/2002

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund des § 41 des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 132/1999, wird verordnet:

Frauenförderungsplan des Bundeskanzleramtes**INHALTSVERZEICHNIS****1. Hauptstück - Ziele und Maßnahmen zur Zielerreichung**

- § 1 Ziele
- § 2 Maßnahmen zur Zielerreichung
- § 3 Bevorzugte Aufnahme
- § 4 Bevorzugte Ernennung/Bestellung
- § 5 Ausschreibung
- § 6 Auswahlkriterien
- § 7 Maßnahmen zum Schutz der Würde am Arbeitsplatz
- § 8 Sprachliche Gleichbehandlung
- § 9 Informationsarbeit
- § 10 Reformmaßnahmen/Zukunftsprogramme
- § 11 Ressourcen zur Unterstützung der Gleichbehandlungsbeauftragten und der Kontaktfrauen zur Implementierung des FFP und weiterer Maßnahmen zur Zielerreichung umfassender Chancengleichheit
- § 12 Informationsrechte

2. Hauptstück - Besondere Fördermaßnahmen**1. Maßnahmen im Bereich der Aus- und Fortbildung**

- § 13 Erhöhung des Frauenanteils an den Maßnahmen der Aus- und Fortbildung
- § 14 Vortragende und Unterrichtsmaterialien

2. Förderung des beruflichen Aufstiegs

- § 15 Laufbahn- und Karriereplanung
- § 16 Besetzung von Leitungsfunktionen
- § 17 Verbesserung der internen Information

3. Förderung des Wiedereinstiegs

- § 18 Information
- § 19 Gleitender Wiedereinstieg

4. Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- § 20 Kinderbetreuungspflichten und/oder Teilzeitbeschäftigung
- § 21 Teilzeitbeschäftigung und Führungsverantwortung

5. Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenanteile in Kommissionen und Beiräten

- § 22 Förderung der Mitarbeit von Frauen
- § 23 Begutachtungskommissionen im Einzelfall
- § 24 Außer-Kraft-Treten

Anlage 1 Vertretungsbereiche der Gleichbehandlungsbeauftragten Anlage 2 Zielvorgaben zur Erhöhung der Frauenanteile